

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Republik. 1918-1930
36 (1922)**

1 (2.1.1922)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-452958](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-452958)

Die „Republik“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Abonnementpreis für einen Monat 12,50 Mark, dazu 1,50 Mark Sendung, bei Abgängen von der Expedition 13,00 Mark, durch die Post bezogen vierteljährlich 34,50 Mark, monatlich 11,50 Mark einschließlich Postgebühren.

Republik

Bei den Inseraten wird die einseitige Millimeterzählung oder deren Raum für die Inserenten in Kästchen- und Zeilenmaßen und Umrandung mit 90 Pfennig berechnet. Für nachträgliche Inserenten 1,20 Mark, bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Zusätze in Relationen der Millimeterzählung 4,00 Mark.

Norddeutsches Volksblatt - Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg und Ostfriesland

Hauptexpedition: Peterstraße 74, Fernsprecher Nr. 58

Rüstringen, Montag, 2. Januar 1922 * Nr. 1

Redaktion: Peterstraße 74, Fernsprecher Nr. 1245.

Das Reich und die Eisenbahner.

Allen Anschein nach geht der Ausfall der Eisenbahner seinem Ende zu. Dennoch dürften die nachstehenden, uns aus Berlin eingehenden Bemerkungen zur Sachlage nicht überflüssig sein. Zumal sie über allgemeine Natur sind. Wie geben sie deshalb wieder. A. Red.

Der Konflikt der zwischen der Reichsregierung und den Eisenbahnen ausgebrochen ist, kann gar nicht ernst genug genommen werden. Nicht nur die besondere Stellung des Eisenbahnbetriebes in der Volkswirtschaft hebt einen Eisenbahnerstreik weit über die Bedeutung eines gewöhnlichen Streites hinaus. Zu diesem Umstand, der für jeden Eisenbahnerstreik auch in Ländern mit privatrechtlicher Bahnverwaltung und in normalen Zeiten gilt, gesellen sich in diesem Fall noch andere schwer und schwerst wiegende.

Deutschland steht unmittelbar vor den schicksalsschweren Verhandlungen von Cannes. Bei ihnen wird die Frage der deutschen Reichseisenbahnen eine sehr große Rolle spielen. Hierbei ist in der Ententepresse darauf hingewiesen worden, daß Deutschland Erleichterungen seiner Zahlungsansprüche nicht erwarten kann, ohne eine erhebliche Verhärtung der über die deutsche Reichswirtschaft geübten ausländischen Kontrolle. Es ist kein Geheimnis, daß die Eisenbahnen als ein hervorragendes Objekt dieser Kontrolle gelten. Selbstverständlich muß es das Bemühen der deutschen Reichsregierung sein, ihre und damit die Souveränität des deutschen Volkes auf volkswirtschaftlichem Gebiet, und insbesondere auf dem besonders wichtigen Gebiet der Eisenbahnverwaltung, soweit wie nur möglich, zu erhalten. Dazu bedarf sie aber geordneter Verhältnisse im deutschen Eisenbahnbetrieb.

Man kann sich danach vorstellen, daß ein Eisenbahnerstreik der deutschen Regierung in keinem Augenblick ungeliebter kommen konnte, als in dem gegenwärtigen. Denn die Regierung muß befürchten, die augenblickliche Störung im Eisenbahnbetrieb werde den Besirnen einer starken Kontrolle der deutschen Reichseisenbahnen durch die Entente schwerwiegende Argumente bieten. In diesem Falle wären kurzfristige Erfolge, die die Eisenbahner in dem gegenwärtigen Streik erzielen können, durch dauernde Abhängigkeit der deutschen Reichseisenbahnen vom Ententekapital erkauft!

Solche Überlegungen machen es auch erklärlich, warum die Regierung gerade jetzt besonders starke Bedenken trägt, auf eine Streikdrohung hin den Arbeitern die von ihnen gestellten Forderungen ohne weiteres zu bewilligen. Durch diese glatte Bewilligung der gestellten Forderungen würde zwar der Streik im Augenblick beseitigt, aber in Regierungskreisen befürchtet man, die auswärtigen Gegner würden eine solche Nachgiebigkeit erst recht für ihre Beweisführung ausnützen, daß das Reich genötigt sei, seinen Arbeitern und Beamten alles, was sie unter Drohungen forderten, zu bewilligen, und daß eben darum eine Gewährung der deutschen Reichsbetriebe ohne ausländische Kontrolle nicht möglich sei.

Gegen den Gedanken einer ausländischen Kontrolle über unsere Eisenbahnen müßten wir als Sozialisten gerade deswegen besonders empfindlich sein, weil wir in der Zukunft, daß die Eisenbahnen dem Reich und damit der deutschen Volksgemeinschaft gehören, die allerwichtigste Grundlage für einen aufbauenden Sozialismus erblicken. In allen Kreisen, die dem Gedanken dieses aufbauenden Sozialismus huldigen, hat die bekannte Forderung des Reichsverbandes der deutschen Industrie, die Eisenbahnen sollten in privatrechtlicher Verwaltung überführt werden, die größte Erregung und Entzweiung hervorgerufen. Das Göttinger Programm kennzeichnet das Ziel der Sozialdemokratischen Partei, die Herrschaft des im freien Volkswirtschaft organisierten Sozialismus über die Wirtschaft. Der Erreichung dieses Zieles würden die schwersten Hindernisse in den Weg gelegt, wenn die weitere Erhaltung und Entwicklung der Reichseisenbahnen als eines gemeinwirtschaftlichen Faktors durch kapitalistische Kräfte von innen oder von außen unterbunden würde.

Der Konflikt zwischen dem Reich und seinen Eisenbahnen ist kein Konflikt zwischen einem Kapitalisten und seinem Arbeiter. Er ist vielmehr ein Konflikt, wie er nur in einer Zeit des Übergangs von der kapitalistischen zur sozialistischen Wirtschaftsförmung möglich war. Obwohl die Eisenbahnen bereits in den Besitz der Allgemeinheit übergegangen sind, sehen sich ihre Arbeiter doch genötigt, mit den Mitteln, die in der kapitalistischen Gesellschaft üblich sind, um ihre Lebenshaltung zu kämpfen. Schuld daran trägt die katastrophale Lage der deutschen Finanzen, über die nichts Näheres gesagt zu werden braucht.

Das Reich und seine Eisenbahner gebären aber noch in einem anderen Sinne zusammen. Die Verfassung beginnt mit den Worten: „Das Deutsche Reich ist eine Republik.“ Die Eisenbahner waren es aber vor allem, die im März vorigen Jahres die Republik vor dem gewaltigen Umsturz der

Streik-Ende.

Die Gannabek-Verhandlungen im Reichsverkehrsministerium führten in der letzten Abendstunde zu folgender Vereinbarung zwischen der Regierung und den Eisenbahnergewerkschaften:

1. An die Stelle des bisherigen Dreiklassenvertrages tritt das vom Reichstag beschlossene Dreiklassenvertragsgesetz für die Reichseisenbahnen, dessen Durchführung im „Reichslokalgesetz“ unmittelbar bevorsteht, mit dem Nebenabrede, die bis zum 1. März 1922 durch einen Streikrat und Reichstagsaußenrat noch getroffen werden sollen. Soweit in einzelnen Teilen des bisherigen Dreiklassenvertrages das Lohnvertragsrecht eine höhere Eingehaltung als das nunmehr übernommene Dreiklassenvertragsrecht vorsieht, wird den Arbeitern, solange sie an einem solchen Orte beschäftigt bleiben, für die Dauer der Gültigkeit des Lohnvertrages der Unterforderung als persönliche Zulage fortgewährt. Für die Arbeiter der Bahnhofsverwaltungen wird der Lohn nach der Dreiklassen des Ortes festgesetzt, in dessen Gemeindegebiet der Arbeiter wohnt, bis er übermäßig tätig ist. Ist der Arbeiter in mehreren Gemeinden tätig, so ist der Lohn der höchsten Klasse anzunehmen, in der der Lohn der höchsten Klasse dieser Gemeindegebiete zu zahlen. Die Bestimmungen des § 4 (5) des Lohnvertrages wird aufgehoben mit der Maßgabe, daß § 30 (3) des Lohnvertrages entsprechende Anwendung findet. Bestehe der Streikvertrag mit dem 1. Oktober 1921 in Kraft.

2. In solchen Teilen, an denen bisher im Lohnvertragsrecht die Lohnvertragsaufschüsse vereinbart waren, werden diese mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 vollständig um 1 Mark pro Stunde erhöht. Auf den Gehaltsbestand der Lohnvertragsaufschüsse wird der Unterforderungsbeitrag angerechnet, der sich aus einer Überhöhung durch die Übernahme des Beamtenvertragsrechtes ergibt. Diese Lohnvertragsaufschüsse gelten als Beiträge auf die nach § 17 Abs. 4 und 5 des Reichslokalgesetzes festgesetzten Beiträge und Lohnvertragsaufschüsse.

3. Im besetzten Gebiet werden während mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 an den Orten, die sowohl nach dem bisherigen Dreiklassenvertragsrecht als auch nach dem nunmehr übernommenen Beamtenvertragsrecht zur Klasse A gehören, Lohnvertragsaufschüsse in Höhe von 1 Mark in der Stunde gewährt. Das 2. der § 17 Abs. 4 des Reichslokalgesetzes wird aufgehoben.

4. Weitere Verhandlungen über die Dreiklassen und allgemeine Lohnvertragsbedingungen werden für den 5. Januar 1922 geplant.

5. Im Hinblick auf die Verhandlungen zu § 17 Abs. 4 werden mit Zustimmung zwischen den vertragstretenden Parteien die bestehenden und etwaige neue Lohnvertragsaufschüsse mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 endgültig vereinbart.

6. Erhöhungen werden nicht bewilligt. Maßregelungen wegen Arbeitsverweigerung finden nicht statt. Verbotene Arbeit ist die Verfolgung von gewalttätigen Eingriffen in Betriebsbetrieb und Verkehr.

7. Ausführungsvereinbarungen zwischen den vertragstretenden Parteien folgen. Die vertragstretenden Vereinigungen verpflichten sich, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln auf jegliche Arbeitsverweigerung der Arbeit hinzuwirken.

Berlin, 31. Dezember 1921.

Deutscher Eisenbahnerverband. ges. Scheffel. Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter. ges. Brun. Kaiserliche Eisenbahnerverband. ges. Gumpert. Der Reichsverkehrsminister. ges. Grotzer.

Inhaltsverzeichnis wird hierzu mitgeteilt: Nach Verhandlung der Lohnvertragsbedingungen werden gegen 1 Uhr mittags die Verhandlungen mit den Eisenbahnergewerkschaften im Reichsverkehrsministerium fortgesetzt. Der in der Nachtunterbrechung bereits erörterte Vorfall des Reichsverkehrsministeriums, die Lohnvertragsaufschüsse, die bisher im besetzten Teile des Deutschen Reiches gewährt wurden, um 50 Pf. pro Stunde während ab 1. Oktober zu erhöhen, wurde von den Gewerkschaften abgelehnt. Die Vertreter des Reichs nahen 1.30 Uhr fortsetzen. Bis 5 Uhr nachmittags war eine Entscheidung über diesen Punkt noch nicht gefallen. Darauf erklärte sich das Reichsverkehrsministerium zu einer Aufklärung der Dreiklassenvertragsaufschüsse der Arbeiter an die der Beamten mit rückwirkender Kraft ab 1. Oktober bereit. Dort, wo die Arbeiter bereits

Ronarchisten geteilt haben. Man kann den Eisenbahnen Vorwürfe darüber machen, daß sie nicht das Ergebnis der eingeleiteten zentralen Verhandlungen abgelehnt haben. Aber man darf bei alledem nicht vergessen, daß es erstens einmal die Notwehr ist, die sie zu ihrem Verhalten, viellecht übereilten Vorgehen trieb, und zweitens, daß das Verhältnis der Republik zu ihren Arbeitern, naturgemäß und geschichtlich begründet, ein anderes sein muß, als das der Monarchie zu ihren Eisenbahnbefahrern. Aus all diesen Gründen ist es die Aufgabe aller Reminianten, alles zu tun, was eine Verständigung und Verlängerung des Konfliktes zu verhindern geeignet ist. Ein bis auf die Spitze getriebener Kampf würde auf seiner Seite einen Sieg, auf beiden Seiten Verluste zur Folge haben. Der am weitesten Fortschritte dabei wäre, aber das deutsche Volk, und seine breiten arbeitenden Massen würden die Nachteile des Kampfes am stärksten fühlen. Darum ist es Zeit, jetzt schon, da der Kampf kaum begonnen hat, ernst und nachdrücklich von der unbedingten Notwendigkeit eines raschen Friedens zu reden, der durch Einsticht des Besonnenheit von beiden Seiten erzielt werden muß.

bisher eingruppiert sind, sollen diese Beiträge als persönliche Zulage zugerechnet werden können. Was die Frage etwaiger Nachbesserungen betrifft, so sind sich die Eisenbahnergewerkschaften darüber einig, daß Leistungen keinen geschäftlichen Zweck zu erreichen haben. Am 5. Uhr nachmittags trat dann eine längere Pause in den Verhandlungen ein. Nach ihrer Wiederaufnahme wurde dann verhältnismäßig rasch das oben mitgeteilte Resultat erzielt.

Die Hoffung besteht, wurde gestern im Bezirk Köln die Arbeit wieder aufgenommen. In Gießen selbst fordert der Deutsche Eisenbahnerverband die Nachzahlung zur Wäcker zur Arbeit auf. In Berlin verkehren diezüge mit großer Unregelmäßigkeit, der Fortverkehr vom Steiner Bahnhof aus steht gänzlich.

Frankreichs Einwohnerzahl.

Nach Paris wird gemeldet, daß nach dem Ergebnis der Volkszählung vom 6. März d. J. die Gesamtzahl der französischen Bevölkerung 39 209 766 Einwohner betrug. Im Jahre 1911 lautete die Ziffer 39 604 992. Da infolgedessen der Bevölkerungszuwachs die Einwohner von Gießen-Zählungen mit 1 709 749 nicht enthalten hat, ergibt sich, daß die Bevölkerung der 97 von dem Reichslokalgesetz festgesetzten Departements sich um 210 4975 vermehrt hat.

Neue Springflut auf Sydt.

Nach Kiel wird gemeldet, daß am 31. Dezember gemeldet: Der mit unermesslicher Stärke tobende Sturm und die einsetzende Springflut vollendete erst das Verdrängungswasser am Strand. Gute Mittag gab die Grundwasser um etwa 30 Meter nach und stieg ins Meer. Die ungeschützte Einöde stehenden Plätze haben in den Nachmittagsstunden die Wasserwellen zum Einsturz gezwungen. Da auch bereits die Fundamente der nördlichen Befestigung freigelegt sind, ist es auch mit der Befestigung dieser Befestigung zu rechnen. Die von Zehntausenden getroffenen Befestigungsarbeiten haben sich als unzureichend erwiesen. Die mit Steinblöcken und Eisenblechen bedeckten Fundamente sind von der See hinweggespült worden. Sturm gelähmt ist auch das Strandbahn, die Wasserkräften die Richtung unterlassen, die das Gebäude rügt. Auf dem südlichen Teile der Fronten hat die See eine neue Einbrechungsstelle gebildet. Die Rettungsarbeiten machten wegen Brandgefahr eingestellt werden. Die Wasserkräften haben sich auf die Dächer der Gebäude am Strand. Da die Springflut wieder verhärtet eingestiegen ist, ist mit der Befestigung aller Anlagen am Strand zu rechnen. Der bisher angegriffene Strand ist sehr groß.

Ein Messerfeld.

Nach einer heutigen Berliner Meldung geriet in der vorliegenden Nacht ein aus der Kreuzförmigen ein Hochwasser und Schwärmer in Straß. Er verletzte einen Kaiserwachtmeister eines schweizer Bataillon, als er daraufhin sich auf dem Boden des Bataillon wälzte, daß dieser den Angreifer nieder.

Die Grippe in Berlin.

Nach einer heutigen Meldung ist in Berlin die Grippe etwas zurückgegangen. Während in letzter Zeit täglich gegen 200 Kranke in den Krankenhäusern eingeliefert wurden, waren gestern nur 130 Patienten angemeldet.

Silvesterherze.

Nach Düsseldorf wird hierzu mitgeteilt: Als in der Kreuzförmigen vom Nordwesten durch gelassen und auf dem Nordwesten Feuerwerkskörper abgebrannt wurden, war plötzlich ein junger Mensch eine Dynamitladung unter die Füße bekommen. Es wurden etwa fünfzehn Personen verletzt, darunter mehrere schwer. Aufeinander handelte es sich um einen Unfall, was die Polizei.

Nach in Berlin werden heute Nachrichten mitgeteilt, daß die Hoffung von heute mehr, wurde: in 200 Fällen Personen erkrankte Grippe, die bei Grippeerkrankungen in der Silvesternacht verstorben waren.

Stampfer über den Klassenkampf.

In dem Dokument zum neuen Parteiprogramm, an dem wir bereits einen Auszug brachten, schreibt Genosse Stampfer über die Stellung der Sozialdemokratie zum Klassenkampf folgendes:

Untrübenbar verbunden mit dem Streik des Kapitalismus ist der Klassenkampf. Auch das ist weder eine Aufgabe noch eine Forderung, sondern lediglich eine Feststellung. Der Klassenkampf hat bei den Sozialdemokraten nicht in der Welt gefunden, er hat ihn nur nicht befreit, er hat ihn lediglich in seiner Art geändert, ihm eine bis dahin unerhörte Wichtigkeit verliehen, ihn in hundertfacher Höhe gebracht. Reiche und Arme, Beherrschte und Entbehrte hat es — das ist wahr — zu allen Zeiten gegeben, und zu allen Zeiten waren Kämpfe zwischen denen, die an der Behauptung bestehender Zustände interessiert waren, und anderen, die ihre Verbesserung erstrebten, an der Loslösung. Jede bisherige Gesellschaft war eine Klassen-Gesellschaft, der Kapitalismus hat die Klassenunterschiede nicht geschaffen, er hat sie nur neuhergestellt umgewandelt.

Es gibt nichts Unnatürlicher als die Behauptung, die Sozialdemokratie habe den Klassenkampf losgerissen, sie habe ihn absichtlich hervorgerufen und trage an der mannigfachen Verhängungen, denen das geringste Leben durch ihn angesetzt ist, die Schuld. Klassenkämpfe hat es schon lange vor der Sozialdemokratie gegeben, und solche immerwährende Kämpfe zwischen Kapitalisten und Proletariaten. Wenn überall in der



Oldenburg und Ostfriesland.

Erhöhung der Endabgabe der Lehrlinge und Invalidenversicherungsbeitrag.

Von Kontrollinspektor F. Quatmann-Oldenburg wird uns geschrieben: Von seit langem steht die durch die Lehrverträge festgesetzte Endabgabe der Lehrlinge in einem Verhältnisse zur Kaufkraft des Geldes. Die Wiederholst aus den Kreisen der gelehrten Betreuer der Lehrlinge laut gemordenen Wünsche um Anhebung der Beiträge an die Versicherung sind nur von einem kleinen Teile der Lehrentreuer berücksichtigt worden. Die Mehrzahl hat sich diesen Forderungen gegenüber ablehnend verhalten; sie stützt sich dabei auf den Lehrvertrag.

In letzter Zeit ist durch das Fortschreiten der Teuerung die Frage stärker in den Vordergrund des Interesses gerückt. Mehrere Handwerkskammern haben sich mit der Angelegenheit beschäftigt und erklärt, daß die Endabgaben beträchtlich in die Höhe gesetzt werden müßten. Die Handwerkskammer in Oldenburg hat den Beschluß gefaßt, es solle den Anträgen nahe gelegt werden, auf ihre Beiträge einzurwirken, die Endabgabe auf das Behrloche zu erhöhen. Für das Jahr 1921 soll eine Beitragssteigerung von 200 Mark gefaßt werden, um auch für dieses Jahr den Ausgleich zu finden. Es darf wohl als sicher gelten, daß die Lehrentreuer im großen und ganzen den Anträgen nachkommen werden.

Die Erhöhung der Endabgabe ist von Bedeutung für die Invalidenversicherungspflicht. Bislang haben viele Lehrlinge von dem Versicherungsschutz befreit, weil die Beiträge zu geringfügig waren. Da sie als ein die Versicherungspflicht begründendes Entgelt nicht angesehen werden konnten. Das wird bei der bevorstehenden beträchtlichen Erhöhung der Beiträge anders werden und darüber bislang veränderungsreiche Regelung wird gegen Invaliden befreit werden müssen.

Im Gegensaß zum grundsätzlichen Krankenversicherungsanspruch der Lehrlinge besteht Invalidenversicherungspflicht nur dann, wenn das Lebensalter hohes und schon erreicht ist. Unter acht besteht man in diesem Sinne Gehalt. Kostentrisch, Arbeitgeber, Beschäftigungsart und dergleichen mehr. Auch Sachlage rechnen dazu. Der freie Unterhalt für die eigene Person ist verberungsfrei. Zum freien Unterhalt gehören auch geringfügige Vergütungen. Eintritt Versicherungspflicht ein, so ist die Summe des Durchschnittsmerkes für Sachbezüge und des Lohnes der für die Zuteilung zu den Lohnklassen maßgebende Jahresverdienst. Welche Beiträge noch als geringfügig angesehen werden müssen, läßt sich nicht allgemein festlegen. Die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Arbeitnehmers spielen dabei eine Rolle. Die Kostentrisch der Lehrlinge bedingt auch dann Versicherungszwang, wenn für die Befristung nur zum Teile besteht werden kann. Bei wesentlichen Einflüssen auf das Zustandekommen der Versicherungspflicht ist es, ob die Bezüge der Lehrlinge regelmäßig oder nur gelegentlich, insbesondere bei hervorragenden Leistungen (Aufmunterungsgelder) gewährt werden. Ersteren Falles bedingt auch schon eine niedere Endabgabe Versicherungszwang.

Wenn ich auch eine genaue Grenze, bis zu welchem Betrage Bezüge gegeben werden dürfen, ohne Versicherungspflicht zu begründen, nicht ziehen läßt, so darf in mittelbaren Orten noch als Regel angenommen werden, daß Vergütungen bis mehr als 100 Mark monatlich, 40 Mark monatlich und 500 Mark jährlich der Versicherungszwang bedingen. In teureren und billigeren Gegenden und bei Sachbezug anders verteilt werden. Lassen sich die wirtschaftlichen Verhältnisse, so ist auch das in Betracht zu ziehen.

Lüstringen-Wilhelmshaven.

Lüstringen, 2. Januar.

Steuerlast der Lehrlinge. Sämtliche Lehrlinge sind seitens des Landrats Lüstringen die Steuerbücher eingestrichelt worden. Es sind aber nicht alle Lehrlinge steuerpflichtig. Wenn z. B. ein Lehrling eine Endabgabe von mindestens 40 Mark erhält, so beträgt die Steuerabgabe (10 Prozent) 4 Mark. D. aber 15,60 Mark in Zug zu bringen sind, braucht in einem Jahre keine Steuer entrichtet werden. Es kann sich demnach jeder selbst ausrechnen, ob er zur Steuer herangezogen werden kann. Ein Lehrling muß schon über 156 Mark monatlich verdienen, um steuerpflichtig zu sein.

Bevölkerungsbewegung in Oldenburg im 2. Vierteljahr 1921. Aus der Statistik der Bevölkerungsbewegung im 2. Vierteljahr 1921 ist ersichtlich, daß Oldenburg bezüglich der Geburtenziffer und der Sterbeziffer an der Spitze aller deutschen Städte steht, während es bezüglich der Sterbeziffer die zweitniedrigste Stelle einnimmt. Auf 1000 Einwohner entfielen in 2. Vierteljahr in Oldenburg 16,87 (Reichsdurchschnitt 13,33), Geburten 29,20 (Reichsdurchschnitt 26,28) und Sterbefälle 12,11 (Reichsdurchschnitt 14,01). Bezüglich der Säuglingssterblichkeit steht Oldenburg ebenfalls sehr günstig da.

Die vor den Toren.

Roman von C. Siebig. (Nachdruck verboten.)

„Ja, er sollte das haben, was er erbt! Er soll auch wissen, daß sie ihm noch immer gut war, und daß sie ihm nichts mehr nachtrug.“ Hat sie fröhlich ge, ohne sich zu bemerken, was sie Beizeiten und betante es mit ihren Tränen.

„Mein teurer Julius! Ich habe Dir für dein gutes Gebot, es hat mich sehr erheitert. Wenn Du nicht, was ich dir ausstehe! Sie wollen alle, ich soll mich von Dir scheiden lassen, aber ich tue es nicht. Auch mein armes Herz ist ruhelos. Ich bin noch immer Deine A.“

„Das tust du, nachdem sie eine Stunde lang die roten Augen geküßt hatte, zur Postkassette. Sie schloß die Kiste zum Abschluß auf. Sie mußte so vorsichtig sein, sie wußte ja, sie alle auf, aber was vermog irren Worte nicht?“

„Sie hatte auf das Bild abgestrichelt nach: Einstraße 104, bei Fraulein Annas Schute. Und dann hatte sie noch eine Idee gehabt, auf die sie sehr stolz war. Wenn er ihr nur wieder einmal eine Karteitzulassen lassen wollte, so hatte sie auf sie alle auf dem Kasten als Absender bemerkt: „A. J. Anselhof. Poste restante.“ Sie würde dann nachfragen. Ob es nicht viele hinführen, die merkte ja nichts.

„Dieß Nacht schloß Auguste sich. Schon am folgenden Nachmittag ging sie aufs Postreau. „Poste restante A.“ was da? fragte sie mit schwächerer Stimme und niedrigeren Augen. Es konnte ja nicht gar nichts da sein, aber sie hätte doch gewußt. Im folgenden Tage jedoch fand sich etwas für sie in.

Reichhaltigkeit der Milch. Der Durchschnittsreichhalt der im Monat Dezember an die Molkereien des Landes Oldenburg zur Ablieferung gelieferten Milch betrug: Gesamtoldenburg 8,28 Prozent, Büdingen, Wefermarsch 8,48 Prozent, Jeverland 8,60 Prozent, Mitteloldenburg 8,26 Prozent, Emdenland 8,18 Prozent. Den höchsten Durchschnittsreichhalt hatte eine Molkerei des Jeverlandes mit 9,92 Prozent, den niedrigsten eine südoldenburgische mit 2,92 Prozent.

Volksbildungsfortschritt auf Bergaross für Männer. Am 6. März 1921 hat der erste Bergaross für Männer im jüngeren Mannesalter im Volkshochschulheim Wangeroog eröffnet werden. Unterrichtsfortschritt für die Arbeitseingangsstellen sind in erster Linie Volkswirtschaft, Naturwissenschaft, Kulturgeschichte und Weltanschauung. Deutsch wird in jeder gewöhnlichen Form (Literaturgeschichte, Stilübungen, gemeinsame Lektüre, orthographische und grammatische Übungen) in kleineren oder größeren Kreise erteilt. Außer den drei bis vier Arbeitseingangsstellen bleibt täglich für die ersten beiden Arbeiten und zu Vorträgen der Schüler. Die Gebiete, aus denen die Arbeiten genommen werden, richten sich nur nach den Wünschen der Schüler. Es besteht also die Möglichkeit, daß jeder sich mit den Fragen eingehend beschäftigen kann, die ihn beschäftigen. Anmeldungen nimmt der Geschäftsführer des Oldenburgischen Landesamtes für Volkshochschulen, Herr Dr. Winters, Oldenburg i. O., Ritterstraße 7, 1. Etz., entgegen. Preis des Kursus 500 Mark.

Anweisungspapier bei Reisen über die Reichsgrenze. Immer wieder lehrt die Erfahrung, daß das Reisen mit Anweisungspapier mit unzureichenden Anweisungspapieren über ihre Person vorliegt. Innameinrichtungen, Kleiderkoffer und Kostenaufwand sind die Folgen. Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß zum Überschreiten der Reichsgrenze ein Kleiderkoffer mit Schwermetz erforderlich ist. Im Inlande sind für Kleiderstücke zwar keine vorgeschriebenen Ausweise angeordnet, jedoch muß sich jeder Person auf amtliches Erlaßben genügend ausweisen können. Besondere Überwachungsmaßnahmen treten vorwiegend in Grenzdistrikten und in den größeren Städten auf. Für die Ausweise sind die Personalausweise mit Lichtbild die sichersten Ausweisungspapier.

Landesamt für Volkshochschulen. Dem Landesamt für Volkshochschulen gehören jetzt 20 Organisationen und Bezirksämter an. Es sind die folgenden: Dürerband Oldenburg, Volkshochschule Oldenburg, Landesverein für innere Mission, Kriegereingangsstellenverein, Oldenburger Lehrerinnenverein, Landeslehrerverein, Oldenburger Pädologinnenverein, Landwirtevereinsrat, Landesausch für Arbeiter und Angestellte, Gewerkschaftsbund, Sozialer Ausschuss, Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, Verein weiblicher Handels- und Bureauangestellter, Vta, Reichsverband der Lehrerverein, sowie die Bezirksämter für Volkshochschulen Brake, Clappenburg, Delmenhorst, Eilfeld, Friedeburg, Jever, Oldenburg, Nürtingen, Varel, Wehla, Weierstedt, Wildeshausen, Vidingen und Nordenham. Der Vorstand des Landesamtes hat kürzlich noch eine Erweiterung erfahren. Er setzt sich jetzt wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender Pastor Lindemann (Landesverein für innere Mission, Kriegereingangsstellenverein, zugleich ev. Geistlicher), 2. Geschäftsführer Dr. Winters (Reichszentrale für Heimatdienst), 3. Schatzmeister Rentner W. Gohls, 4. Obersekretär Herr Jakob (Volkshochschule), 5. Lehrerin E. Wüsten (Verein Oldenburg), 6. Vorsitzende des Reichsverbandes der Frauenvereine, 7. Vorsitzende des Reichsverbandes der Lehrerinnenvereine, 8. Vorsitzende des Reichsverbandes der Arbeitervereine, 9. Vorsitzende des Reichsverbandes der Arbeitervereine, 10. Vorsitzende des Reichsverbandes der Arbeitervereine, 11. Vorsitzende des Reichsverbandes der Arbeitervereine, 12. Vorsitzende des Reichsverbandes der Arbeitervereine, 13. Vorsitzende des Reichsverbandes der Arbeitervereine, 14. Vorsitzende des Reichsverbandes der Arbeitervereine, 15. Vorsitzende des Reichsverbandes der Arbeitervereine, 16. Vorsitzende des Reichsverbandes der Arbeitervereine, 17. Vorsitzende des Reichsverbandes der Arbeitervereine, 18. Vorsitzende des Reichsverbandes der Arbeitervereine, 19. Vorsitzende des Reichsverbandes der Arbeitervereine, 20. Vorsitzende des Reichsverbandes der Arbeitervereine.

Wilhelmshaven, 2. Januar.

Silberernte. Daß das neue Jahr trotz des Erdbebens der oberen Wehden an die Vollziehungsorgane, energisch einzuwirken, mit recht großem Eifer und Schäften eingeleitet wurde, war wohl vorauszuversetzen. Größer als viele vor der Krise der Schuld auf der Monatskarte dürfte es wohl nicht gewesen sein. Wenn die Feuerwerkskörper, wie wir es am Sonntag morgen bemerken konnten, an einen feststehenden Gegenstand angebunden waren, mag es angehen, wenn sie aber aus den Fenstern heraus eingeschlag auf die Straße gemorren werden, dann ist das außerordentlich leichtfertig gehandelt. Aber außer der Schiefererei ist auch sonst noch in der Silvesternacht laßend Unflug angebracht. Zerbrochene Gläser, Schirme und dergleichen in den Rinnsteinen über sich selber emporgehoben. Auf einmal hatte sie Flügel, ihr war es, als spröche sie über alles hinweg. Sie war nicht die unterdrückte, die unzufriedene, die unbedeutende Auguste mehr, die nichts gal in der Familie, sie war wie eine Blume, hoch und schön und rein.

Am Hügel des Vaters fand die Tochter aus dem Hause Wadelow nieder. Sie mußte ihnen, sie mußte danken, ihr Herz ward vor Freude zum Himmel geführt.

„Was war denn nur mit Auguste los? Mutter Wadelow war verwundert. Wie freundlich die auf einmal war! Als hätte ein Sonnenchein auf ihrem Gesicht. Und ein immerwährendes heimliches Lächeln spielte um ihren Mund. Das wäre nachsichtig schön, wenn die Auguste es endlich einsehen wollte, wie gut man es doch mit ihr meine!“

Auguste war glücklich, glücklich, wie sie es nur in ihrer Brautzeit gewesen war. Wenn ihr auch mißunter sorgelosen Gedanken kamen, sie schüttelte sie ab. Es würde schon alles noch gut werden, wenn sie nur treu zusammenhielten. Was Gott zusammenfügt, das soll der Mensch nicht scheiden! Nun konnten sie alle wieder, was sie wollten, sie hatte nur ein verträumtes Lächeln hinter sich.

Die Korrespondenz wurde lebhaft, die Briefe flogen hin und her. Aber Parise schien ein außerordentlich fröhliches Gemut zu sein, alle paar Tage kam ein Briefchen, eines immer schöner als das andere.

(Fortsetzung folgt.)

Aldler-Theater: Keen.

Vor hundert Jahren lebte in London der Schauspieler Keen (sprich: Kien). Seine geschäftliche Verbundenheit wie die Aneddoten, die sich an seinen Namen knüpfen, veranlassen später den älteren Dumas, einige Jüde dieses großen Mannes auf die Bretter zu bringen. Der Dumasche „Keen“ wurde vor langen Jahren ins Deutsche überetzt und gehtern uns in der Bearbeitung von Ludwig Dumas in „Aldler“ veröffentlicht. In der Rolle des Titelhelden haben seit Jahrzehnten die besten Schauspieler des In- und Auslandes ihr darsstellerisches Können probiert; es lag also nahe, daß Herr Eduard Eychen, der neue Spielleiter des Aldlertheaters, sich in ihr dem Publikum zeigen würde. Eychen spielte den Keen ohne besondere Dämone in Bild und Haltung; er gab in Kleidung und Konversation den gesellschaftlich gewandten, sonst aber forsetren jungen Mann von heute. Dagegen war er in den Momenten, wo es galt, Leidenschaft zu entwickeln, in Sprache und Geste außer-

ordentlich eindrucksvoll. Er schonte sich in keiner Situation, koste, was es zu rasen galt und gebrauche auch seine Schminke ausgiebig. Sehr beachtenswert war seine absolute Sicherheit in der Rolle, „wie er sie aufsteht“. Diese Bemerkung und Sicherheit waren es hauptsächlich, die dem Darsteller den starken, außerordentlich starken Beifall des vollbesetzten Hauses brachten.

Obwohl das Stück gegenwärtig Personen zähl, kommen die übrigen in Betracht. Erwähnen möchten wir daher nur noch Herrn Lindner, der den Coiffeur Salomon in guter Weise und mit gutem Geschick spielte.

Die Leitung der Aufführung hatte Herr Eychen. Preiselosen will dieser in das hiesige Theater einen neuen Schwung hineinzubringen. Was gestern sich auf der Bühne zeigte, war aller Anerkennung wert. Sowohl in der allgemeinen Auffmachung wie im Spiel der einzelnen Darsteller. Das Publikum, dem die bunte Gasse schon naturgemäß gefiel, nahm die Aufführung, wie schon bemerkt, mit großem Beifall auf.

Die Interalliierte Rheinland-Kommission in Koblenz hat sich im Artikel II ihrer auf Grund des Abkommens über die militärische Besetzung der Rheinlande erlassenen Verordnung Nr. 3 vom 10. Januar 1920 das Recht ausgesprochen, jederzeit die Ausübung von Briefen und Postsendungen von den deutschen Behörden fordern zu können. Die Interalliierte Kommission kann sonach die Überwachung des Postverkehrs jederzeit und an jedem beliebigen Orte des besetzten rheinischen Gebiets ohne weiteres ausüben lassen. Sie verfährt auch dementsprechend und richtet auf bestimmte oder auf unbestimmte Zeit bald in diesem, bald in jenem Orte des besetzten Gebiets Postüberwachungsstellen ein. Da die Anordnungen über Ort und Zeit derartiger Postüberwachungen gänzlich von dem jeweiligen Belieben der obersten Besatzungsbehörde abhängen, lassen sich nähere Angaben darüber nicht machen. Es ist aber dringend erwünscht, daß die Absender von Briefen und Postsendungen in den besetzten rheinischen Gebieten sich dieser Sachlage immer bewußt bleiben und in ihren Mitteilungen alles vermeiden, was im Falle einer Durchsicht ihrer Sendungen ihnen schädlich und insbesondere auch den Empfängern zum Nachteil gerechen könnte.

Kapitalabfindung auch zum Erwerb eines Gartengrundstückes. Kapitalabfindung ist auch zum Erwerb einer Partzelle zulässig. Diese bemerkenswerte Entscheidung hat das Reichsarbeitsministerium neuerdings getroffen. Nach den geltenden Bestimmungen ist die Gewährung der Kapitalabfindung nicht unter allen Umständen von dem Vorhandensein oder absehbaren Errichtung eines Wohnhauses abhängig zu machen. Zum Erwerb einer Partzelle oder eines Gartengrundstückes kann die Gewährung derselben auch ohne die Errichtung eines Wohnhauses zulässig sein, wenn es sich um Jugendliche, Inerbetretete und um solche Antragsteller handelt, bei denen es im Hinblick auf ihren Beruf fraglich erscheint, ob sie eigenständig leben werden. Die persönliche Eignung zur Bewirtschaftung sowie die Lage der Wohnpartzelle sind ebenfalls in Betracht zu ziehen.

Während der letzten Sturmtage ist auf dem Plateau der Dampfer „Cuxum“ der Reptilienart ein Grund gemacht. Die Wohnung konnte sich auf der Höhe halten. Reptilien sind nur bei kaltem Wetter. Die von Wismarschen ausgehenden Dampfer „Nürtingen“, „Mellum“ und „Münchow“ konnten die Bergungsarbeiten zu Ende führen. „Münchow“ brachte am 1. Januar sämtliche auf der Wahnsee befindlichen Reute (7 Masten) wohlbehalten zurüd.

Vorträge, Theater, Konzerte und sonstige Veranstaltungen.

Wahler-Theater. Das mit größtem Beifall aufgenommene Lustspiel „Keen“, Genie und Leidenschaft, kann nur bei feinerem Geschmack und Nerven erwidert werden, ist aber wieder verlust auf eine in der Gründung befindliche Mietsgesellschaft. Käufer sind u. a. Grashorn, Delmenhorst, und Jange, Fiegleibst, dafelst. Man rechnet damit, daß landwirtschaftliche Maschinen dort gebaut werden sollen.

z. Varel. Diebstähle. Dem Landmann G. Wulf in Eghorn ist von der Wiede des Landmanns Sühren in Jeringhabe eine 14jährige Quene gestohlen worden. Das Tier trägt „S. M.“ am Horn und Vorberfuß eingetammt. — Dem Landmann Marcus in

Aus dem Lande.

Dreibergen. Wasserstand. Nach den reichlichen Niederschlägen in den letzten Tagen hat sich der Spiegel des Sees um zirka einen Fuß gehoben. Vor einem Jahr jedoch war der Wasserspiegel zirka 1 Meter höher als jetzt, so daß es noch bedeutender Niederschläge bedarf, um eine solche Höhe zu erreichen.

Das Wissenmann. Verkauf. Das Schriftgebäude der aufgelösten Oberrealschule Konstanzenstr. Hofort u. Co., das bisherige von Wundt und Neumer erworben wurde, ist von diesem wieder veräußert an eine in der Gründung befindliche Mietsgesellschaft. Käufer sind u. a. Grashorn, Delmenhorst, und Jange, Fiegleibst, dafelst. Man rechnet damit, daß landwirtschaftliche Maschinen dort gebaut werden sollen.

z. Varel. Diebstähle. Dem Landmann G. Wulf in Eghorn ist von der Wiede des Landmanns Sühren in Jeringhabe eine 14jährige Quene gestohlen worden. Das Tier trägt „S. M.“ am Horn und Vorberfuß eingetammt. — Dem Landmann Marcus in

orbentlich eindrucksvoll. Er schonte sich in keiner Situation, koste, was es zu rasen galt und gebrauche auch seine Schminke ausgiebig. Sehr beachtenswert war seine absolute Sicherheit in der Rolle, „wie er sie aufsteht“. Diese Bemerkung und Sicherheit waren es hauptsächlich, die dem Darsteller den starken, außerordentlich starken Beifall des vollbesetzten Hauses brachten.

Obwohl das Stück gegenwärtig Personen zähl, kommen die übrigen in Betracht. Erwähnen möchten wir daher nur noch Herrn Lindner, der den Coiffeur Salomon in guter Weise und mit gutem Geschick spielte.

Die Leitung der Aufführung hatte Herr Eychen. Preiselosen will dieser in das hiesige Theater einen neuen Schwung hineinzubringen. Was gestern sich auf der Bühne zeigte, war aller Anerkennung wert. Sowohl in der allgemeinen Auffmachung wie im Spiel der einzelnen Darsteller. Das Publikum, dem die bunte Gasse schon naturgemäß gefiel, nahm die Aufführung, wie schon bemerkt, mit großem Beifall auf.

Das Jahr 1922 ist

seit Christi Kabe	das 1889 ist
„Einführung des julianischen Kalenders	1967
„Einführung des gregorianischen Kalenders	840
„Einführung des verbesserten Kalenders	222
„Einführung des Geschlechts- und Pulvers	542
„Einführung der Buchdruckerkunst	482
„Entdeckung Amerikas	492
„der Reformator Dr. Martin Luthers	407
„Einführung der Fernspreche	318
„dem Weisheitlichen Frieden	274
„Einführung der Handflächen	265
„Einführung der Dampfmaschinen	224
„dem Gubernator Frieden	159
„Einführung der Gasbeleuchtung	139
„Einführung der Schulbücher	127
„dem zweiten Pariser Frieden	107
„Einführung der ersten deutschen Eisenbahn Nürnberg-Bayreuth	87
„Einführung des elektromagnet. Drahttelegraphen	85
„Einführung des transatlantischen Kabeltelegraphen	56
„Einführung des Fernsprechers	45
„Einführung der drahtlosen Telegraphie	26
„Entdeckung des Radiums	26
„Beginn des Weltkrieges	9
„Errichtung der Deutschen Republik	9
„dem Gewaltfrieden von Versailles	9

